

AFFÄREN

## Verdächtige Vertretungen

Immer größere Kreise zieht die jüngste Visaaffäre im Auswärtigen Amt. Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelt inzwischen in 20 Komplexen, unter anderem wegen des Verdachts der bandenmäßigen Schleusung und Bestechlichkeit. Betroffen sind offenbar mindestens zwölf deutsche Vertretungen, darunter in Kasachstan, Aserbaidschan, Afghanistan, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten und Guinea. Mehrere Dutzend Personen werden beschuldigt, seit 2007 an der Schleusung von Ausländern nach Deutschland beteiligt gewesen zu sein. Einige Angestellte deutscher Auslandsvertretungen gehören zu den Tatverdächtigen. Einer der schwerwiegendsten Fälle betrifft offenbar die Botschaft in Kabul. Afghanische Ortskräfte sollen über Jahre Visa erteilt haben, die auf falschen Angaben basierten. Die Antragsteller zahlten laut Staatsanwaltschaft neben den normalen Gebühren an die Konsularmitarbeiter pro Visum mehrere hundert Euro in bar (SPIEGEL 51/2010). Die Ortskräfte handelten im Auftrag oder unter Zwang eines internationalen Schleuserrings, dessen Drahtzieher wahrscheinlich im Rheinland sitzen. Vor wenigen Wochen durchsuchten Ermittler dort mehrere Wohnungen und Geschäftsräume und stellten umfangreiches Beweismaterial sicher. Ein Teil der Tatverdächtigen hat inzwischen gestanden.

Seit Anfang April ermittelt die Staatsanwaltschaft in einem weiteren Komplex zu illegalen Einreisen von Afghanen. Im Mittelpunkt steht der Leiter der Visaabteilung des deutschen Generalkonsulats in Dubai. Der 40-Jährige wurde Ende Mai in Berlin verhaftet. Der Diplomat steht im Verdacht, seit vier Jahren afghanischen Staatsbürgern Visa ausgestellt zu haben, die auf gefälschten Unterlagen einer Firma basierten, die ihren Sitz im Golfemirat hat. Pro Visum soll der Beamte bis zu 3000 Dollar in bar erhalten haben. Als Auftraggeber hat die Staatsanwaltschaft einen afghanischen Geschäftsmann im Visier. Der Unternehmer wurde Ende Mai in Hamburg festgenommen. Beide bestreiten die Vorwürfe. Der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaften bestätigte den



JAN SABARWON / DPA

Deutsche Botschaft in Kabul

Vorgang, wollte sich aber zu Details wegen der andauernden Ermittlungen nicht äußern. Das Auswärtige Amt arbeite „eng mit den Ermittlungsbehörden zusammen, um eine lückenlose Aufklärung zu unterstützen“.

NAHOST

## Kritik an Palästinenserstaat

Die Bundesregierung will die Palästinenser von ihrem Plan abbringen, im Herbst bei den Vereinten Nationen einen eigenen Staat auszurufen. „Wir müssen die Palästinenser davon überzeugen, dass eine einseitige Unabhängigkeitserklärung der falsche Weg ist“, sagt Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP), der Anfang kommender Woche, wie auch Außenminister Guido Westerwelle (FDP), zu Gesprächen in die palästinensischen Autonomiegebiete reisen wird. Bundeskanzlerin An-



HANNBAL HANSCHKE / DPA

Westerwelle, Niebel

gela Merkel (CDU) hat sich bereits öffentlich gegen eine einseitige Anerkennung ausgesprochen, Frankreich und die meisten anderen EU-Staaten wollen dagegen voraussichtlich mit Ja stimmen.

„Es wäre schlimm, wenn Europa über die Frage der Anerkennung eines Palästinenserstaates gespalten wäre“, sagt Niebel. Berlin will den Palästinensern raten, eine Resolution in den Sicherheitsrat einzubringen, die eine Zweistaatenlösung auf Basis der Grenzen von 1967 fordert. Da US-Präsident Barack Obama in seiner jüngsten Nahost-Grundsatzrede genau das verlangt hat, könnte dann auch Washington für die Palästinenser stimmen – und gegen seinen Verbündeten Israel.